

Sigrid Hansen

Antworten auf Fragen des FHI e.V. an die Kandidatin und die Kandidaten der Landratswahl am 12.03.2023

Eingegangen am 03.03.2023

Fragen der Flüchtlingshilfe Idstein

Wie stehen sie zu den überfüllten Frauenhäusern im Rheingau-Taunus-Kreis?

Frauenhäuser sind wichtige Anlaufstellen für Frauen in schwierigen Situationen. Während der Pandemie hat die schwarz-grüne Landesregierung die Mittel für den Schutz von Frauen und Kindern erhöht – ein wichtiger Schritt. Als Landrätin möchte ich mich dafür einsetzen, dass die Frauenhäuser im Kreis größte Unterstützung bei der Beschaffung von Fördermitteln erhalten. Dafür werde ich einen Förderlotsen in der Verwaltung einrichten. Weiterhin möchte ich gezielt nach Möglichkeiten suchen, die Frauenhäuser und deren Träger bei Ihrer wichtigen Arbeit zu unterstützen und perspektivisch auch das Platzangebot zu erweitern.

Wie stehen sie zur Tatsache, dass der RTK den Status als „Sicherer Hafen“ mit der Mehrheit von CDU und AfD abgelehnt hat?

Als GRÜNE Fraktion haben wir den Antrag mit in den Kreistag eingebracht und dafür gekämpft, dass der Rheingau-Taunus-Kreis ein „Sicherer Hafen“ wird. Gegen den Antrag stemmte sich allerdings eine Mehrheit von Rechts, die mit teils menschenverachtenden Äußerungen gegen den Antrag polemisierte. Wir halten weiterhin entschlossen entgegen und glauben, der Rheingau-Taunus-Kreis muss ein „Sicherer Hafen“ werden.

Die Wohnraumsituation unter der Verantwortung der KWB – Zustand der Häuser – mangelhafter energetischer Zustand – genereller Wohnungsmangel im unteren Preisniveau.

Die Wohnraumvergabekriterien sind intransparent – Was wollen Sie dagegen tun?

Für mich genießt eine transparente Kommunikation vorderste Priorität. Deswegen werden ich mich mit den Verantwortlichen der KWB zusammensetzen und mich für eine offenere Vergabepraxis einsetzen. Die Wohnraumvergabeentscheidung sollte nachvollziehbar sein, um jedem Gefühl von Ungerechtigkeit entgegenzuwirken.

Die Gebührensätze des RTK - es ist die Unterbringungsgebühr nach dem Landesaufnahmegesetz – grenzt bei dem Zustand der Wohnungen an Mietwucher! Die Berechnung ab der Asylgewährung für Familien, die keine Chance hatten eine bezahlbare Unterkunft zu finden, muss dringend überarbeitet werden. Was ist dabei angedacht?

In der Vergangenheit wurden aus der Not heraus zu oft kurzfristig Immobilien in zu überteuerten Konditionen angemietet, um Geflüchtete unterzubringen. Hier ist für mich klar: Wir müssen uns langfristig auf Fluchtbewegungen vorbereiten. Durch Kriege und die Klimakatastrophe ist in Zukunft mit weiteren Fluchtbewegungen zu

rechnen, auf die wir uns im Heute vorbereiten müssen. Dazu gehört zuvorderst die Klärung von geeigneten Unterbringungen zu menschenwürdigen und wirtschaftlichen Konditionen.

Die Zurverfügungstellung von Räumlichkeiten für Vereine – z.B. haben wir unser Warenhaus nur vorübergehend, aber eine absolute Notwendigkeit ist es nach unserer Auffassung ein Sozialkaufhaus in der Region zu unterhalten. Wir können uns als Verein die Miete des Kulturbahnhofes nicht leisten.

Zusammenkünfte zu Infozwecken zu unterschiedlichen Themen wie gesunde Ernährung, Frühförderung von Kleinkindern usw. wären auf langer Sicht sinnvoll.

Was wollen Sie tun, damit Vereine Räumlichkeiten kostenfrei nutzen können?

Hier müssen vorrangig die Städte und Kommunen tätig werden, die im gesamten Kreis über Räumlichkeiten verfügen, die zu Teilen bereits Vereinen zur Verfügung gestellt werden. Als Landrätin nehme ich hier gerne eine Koordinierungsrolle ein und setze mich für die Belange der Vereine ein. Denn: Vom Vereinsleben profitieren wir alle!

Deutschkurse – VHS – Integrationskurse sind nicht ausreichend – was werden Sie dagegen zu unternehmen?

Als GRÜNE Fraktion haben wir uns im Sommer letzten Jahres ausführlich mit der Vergabe von Sprachkursen an freie Träger auseinandergesetzt und bereits Impulse gesetzt, weitere Aufträge für Deutschkurse zu vergeben. Bisher sind mir keine Verbesserungen bekannt. Als Landrätin werde ich hier Druck machen und im direkten Austausch mit der VHS für ein umfangreiches und zeitlich flexibles Programm an Deutschkursen einsetzen.

Kindergartenplätze fehlen, die Tagesmütterausbildung ist nicht ausreichend. Haben Sie ein Konzept?

Klares ja! Wir haben im Dezember letzten Jahres mit dem [“Pakt für die Kita”](#) ein umfangreiches Maßnahmenpaket im Kreistag durchgesetzt, um die Kommunen – als Kita-Träger – effektiver dabei zu unterstützen, Personalkapazitäten aufzubauen und übergangsweise Synergien untereinander zu nutzen.